Nr. 310. 46. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Mittwoch, 20. Juni 1917

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Neue Kämpfe an der englischen Front.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Yser und Lys nahm besonders am Abend der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten große Heftigkeit an.

Auch vom La-Bassée-Kanal bis zur Scarpe war zeitweilig die Feuertätigkeit lebhaft.

Südwestlich von Lens griffen die Engländer auf dem Nordufer des Souchez-Baches an. Auf den Flügeln wurden sie abgewiesen, in der Mitte gelang ihnen ein Einbruch in unsere vorderen Gräben. Durch kräftigen Gegenstoß wurde verhindert, daß schnell nachgezogene englische Kräfte ihren Erfolg erweiterten.

Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin kam es zu Zusammenstößen unserer Posten mit englischen Streifabteilungen, die in unserem Feuer weichen mußten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Längs der Aisne nur stellenweise anflebendes Geschützfeuer.

In der westlichen Champagne wurde durch kräftigen Gegenangriff eines märkischen Regiments der größte Teil des Geländes zurückgewonnen, das am 18. Juni südwestlich des Hochberges an die Franzosen verloren gegangen war.

An den übrigen Fronten hat sich bei der gewöhnlichen Grabenkampftätigkeit nichts Besonderes ereignet.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Der „Fall Hoffmann".

Der britische Botschafter in Petersburg hat den zweifelhaften Lorbeerkranz, mit dem er ob seiner Tätigkeit in diesem Kriege in die Geschichte eingehen wird, um ein neues Blatt vermehrt. Es ist seiner „Geschicklichkeit" gelungen, aufs neue den Versuch eines ehrlichen neutralen Friedensfreundes zu vereiteln, der im Interesse seines eigenen Landes und dem aller Länder dazu mithelfen wollte, das Ende des die ganze Erde bedrückenden Kriegsunheils zu beschleunigen. Ueber die Mittel, deren er sich dabei bediente, wollen wir keine moralische Betrachtungen anstellen. Es genügt, daß eine Diplomatie, die mit Diebstahl und Mißbrauch der Depeschenchiffre eines befreundeten neutralen Landes arbeitet — sei es auch im Kriege — vor der ganzen Kulturwelt kompromittiert ist. Es genügt, die zweideutige Haltung des Herrn Branting festzustellen, der auf der einen Seite als leitender Geist der Stockholmer Friedenskonferenz figuriert, auf der anderen sich dazu hergibt, als Helfer eines Sir George Buchanan einen ernst gemeinten Friedenswunsch von wirklich neutraler Seite zu vereiteln.

Das vorausgeschickt, ist vom deutschen Standpunkt zum Rücktritt des schweizerischen Bundesrats Hoffmann folgendes zu sagen: Man muß aufs tiefste bedauern, daß ein so ehrlicher Friedensfreund, der, wie das gewichtige Wort des schweizerischen Bundespräsidenten bestätigt hat, aus eigener Entschließung und nur im schweizerischen Landesinteresse hat handeln wollen, einen solch schmerzlichen Mißerfolg seines edlen Wollens und einen solch krassen Ausgang einer bisher von außerordentlichen Erfolgen gekrönten Ministertätigkeit hat erleben müssen. Man muß etwas tief bedauern, daß wieder eine Tür, durch die möglicherweise ein Sonnenstrahl des Friedens hätte eindringen können, durch die Brutalität des britischen Kriegswillens zugeschlagen ist. Aber man muß, wenn man dies festgestellt hat, auch hinzufügen: eine Angelegenheit, in die die deutsche Politik hineingezogen werden kann, ist der „Fall Hoffmann" nicht. Es war schon ein krasser Unsinn, wenn im feindlichen Auslande der „Zimmerwalder" Robert Grimm, der Gesinnungsgenosse der Liebknecht und A. Hoffmann, einer der schärfsten Gegner der deutschen Regierung, den man sich denken kann, als ein „Agent" eben dieser Regierung angestellt wurde. Es ist eine noch unsinnigere Auffassung, wenn, wie es die französische Presse schon tut, auch versucht wird, den bisherigen schweizerischen Minister des Aeußern, der in allen seinen Handlungen ein Vorbild strikter Neutralität gewesen ist, als einen „deutschen Agenten" hinzustellen. Wir müssen es dem Bundesrate in Bern überlassen, wie er sich mit dieser ungeheuerlichen Beschuldigung abfindet. Einstweilen zeigt schon die Bemerkung des Präsidenten Schultheß, daß Hoffmanns Gesinnung über allen Zweifel erhaben ist, und seine Dankesbezeugung für ihn, wie man im Bundeshause darüber denkt. Er hätte noch hinzufügen können, daß das Vorgehen des Ministers sich durchaus im Rahmen des Völkerrechts und der den neutralen Staaten nach den Haager Abmachungen zustehenden Befugnisse gehalten hat. Es ist zu vermuten, daß dem englischen Gesandten, der glaubte, gegen das Vorgehen Hoffmanns als einen unneutralen oder gar unfreundlichen Akt protestieren zu dürfen, einige Aufklärung in diesem Sinne zuteil geworden ist. Aber freilich, die Schweiz ist heute, wie die übrigen neutralen Länder, dank der durch Englands wirtschaftliche Kriegspolitik eingeführten Bedrängung der Neutralen, kein in seinen Entschließungen völlig freies Land mehr, sondern zu allerlei Zurückhaltung und Rücksichtnahme genötigt. Aber die neue Erfahrung auf diesem Gebiete dürfte gerade das Schweizer Volk überzeugen, wie sehr eine möglichst baldige Wiederherstellung des Friedens tatsächlich im höchsten Lebensinteresse der Schweiz gelegen ist und wie berechtigt Hoffmann war, es als seine Pflicht anzusehen, daß er die ihm von Grimm mitgeteilten russischen Friedenswünsche im Interesse seines Landes auszunutzen versuchte. Stimmen aus der Westschweiz zeigen, daß die dortige Bevölkerung unter dem Einfluß der nun seit Jahren betriebenen Ententepropaganda dies nicht anerkennt sondern gegen das „Verbrechen" des Ministers tobt. Aber es ist schon bei der bekannten Oberflächlichkeit unwiderleglich nachgewiesen worden, daß die schweizerische Neutralität und Unabhängigkeit beim Bundesrat denn doch besser aufgehoben ist, als bei jenen Presseworthführern, die jeder von Paris und London ausgegebenen Parole blinde Gefolgschaft leisten.

*

✕ Zürich, 20. Juni.

Die von Bundesrat Hoffmann nach Petersburg gesandten Versicherungen des deutschen Friedenswillens werden in der sozialistischen Presse als die Aeußerung eines Mannes bezeichnet, dessen Ehrenhaftigkeit keinem Zweifel unterstellt werden dürfe. Da nun Hoffmanns Unternehmen von der Ententepresse als ein Versuch angesehen werde, die Einigkeit der Entente zu sprengen, so täte die kleine Schweiz gut daran, mit dieser Stimmung bei den Alliierten zu rechnen, das ist die Meinung des sozialistischen Züricher „Volksrechtes", das aber den, für die Entente arbeitenden schwedischen Sozialisten Branting auf das schärfste verurteilt. Denn Branting habe durch seine Veröffentlichung der Hoffmannschen Depesche allen hoffnungsvollen Friedensbewegungen entgegengearbeitet. Das sei eines Sozialisten nicht würdig. Auch Bundesrat und Parlament haben dem scheidenden Leiter der auswärtigen Landesangelegenheiten den letzten Ehrenzoll nicht versagt und man fragt sich nun, wer das Portefeuille des Aeußeren erhalten soll. Es ist diese Frage die wichtigste im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Schweiz sich davor bewahren muß, eine Vernachlässigung ihrer Neutralitätspflichten gezeihen zu werden. Ständerat Ador aus Genf hat bisher die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Man denkt, daß er am ehesten imstande sein wird, die Entente zu beruhigen. Und das ist vorläufig für die wirtschaftlich aus dem Westen und Süden am meisten bedrückte Schweiz die Hauptursache.

Zeretelli gegen jeden Sonderfrieden mit Deutschland.

Vorbereitung einer interalliierten Konferenz. — Bestehenbleiben des Stockholmer Abkommens.

Petersburg, 18. Juni. (Meld. d. Petersburger Telegr.-Ag.)

Auf der Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte legte Minister Zeretelli über die Politik der Regierung Rechenschaft ab und erklärte:

„Auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen wünschen wir den Abschluß eines neuen Vertrages zu betreiben, in dem die von der russischen Demokratie verkündeten Grundsätze als Grundlage der zwischenstaatlichen Politik der Alliierten anerkannt werden. Wir wenden alle Mittel an, damit unser Programm für alle alliierten Regierungen annehmbar sei, um den Bruch mit den Alliierten zu vermeiden. Wir sind der Ansicht, daß das schlechteste Ergebnis unseres Kampfes für den Weltfrieden ein Sonderfriede mit Deutschland sein würde, der die Ergebnisse der russischen Revolution zerstören und der Sache der internationalen Demokratie verderblich sein würde. **Ein Sonderfriede ist in der Tat unmöglich.** Ein solcher Friede würde Rußland in einen neuen Krieg auf seiten der deutschen Koalition hineinziehen. Das hieße aus einem Bunde austreten, um in einen anderen einzutreten."

Der Minister teilte der Versammlung die Schritte mit, die die russische Regierung zur Herbeiführung einer interalliierten Zusammenkunft getan habe. Diese Zusammenkunft solle der Nachprüfung der Verträge dienen, mit Ausnahme jedoch des Londoner Abkommens, durch das die Alliierten sich verpflichten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Minister Zeretelli rechtfertigte dann die Tätigkeit Kerenskis und erklärte, daß sich das Land der Drohung eines äußeren Angriffs gegenübersehe und daß es die Pflicht der revolutionären Armee sei sich selbst zum Vorgehen bereitzuhalten. Die Untätigkeit an der russischen Front habe die Revolution nicht befestigt, sondern sie im Gegenteil geschwächt. Dann ergriff Lenin das Wort und hielt eine lange Anklagerede gegen das Koalitionskabinett, seine Taten und seine Haltung besonders bezüglich des Krieges und des Aufrufs Kerenskis zur Offensive, den er als einen Verrat an den Interessen des internationalen Sozialismus bezeichnete. Lenin schlug weitgehende Maßregeln als Heilmittel für die Lage vor und erklärte dann, seine Partei sei bereit, die Macht zu übernehmen, wenn sie ihr angeboten werde.

Die Neutralitätspolitik Hollands.

Die politischen Grundfragen und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. — Regierung und Kaufleute.

Von Viandre. (Nachdruck verboten.)

Haag, im Juni.

Daß man die Stimmung befreundeter neutraler Nationen in Kriegszeiten sorgfältig verfolgt, ist ganz natürlich. Besonders, wenn diese Nationen mehr oder weniger durch den Krieg, an dem sie nicht beteiligt sind, mitleiden, und man selbst das Unglück hat, die nicht bösartige, aber doch immerhin schmerzliche Ursache solcher Leiden zu sein. Aber nun scheint sich der ganze Feminismus Europas, um nicht zu sagen, das Waschweibertum zahlreicher und sogar sehr stählern sich gebender Politiker in die Beobachtung solcher nachbarlichen Stimmungen geflüchtet zu haben. Holland ist das Objekt ununterbrochener Quängeleien, die immer wieder aus dem unerschöpflichen und unergründlichen Gebiet der „Stimmung des andern" hervorwachsen.

So hört man von seiner Feindschaft gegen Deutschland und seiner Ententefreundlichkeit. Der „Telegraaf" wird immer wieder beklagt; die recht vereinzelten hohen Kriegsgewinne werden persönlich genommen, es wird gefordert, daß die Verluste der holländischen Handelsflotte durch den U-Boot-Krieg ohne Wirkung auf das holländische Gemüt bleiben, weil der positive Nutzen des U-Boot-Krieges für die deutsche Sache in außerordentlich groß ist. Amsterdam gilt als ein Bastard zwischen Paris und London, und so geht es fort.

Es wäre ein Fehler, nun etwa die wahre Stimmung in Holland ergründen oder explizieren zu wollen. Selbst wenn sich wirklich einige Familien über deutschfreundlich) oder deutschfeindlich vollkommen zerzankt haben, bleibt es doch Hauptsache, daß der normale Holländer eigentlich nur holländisch fühlt, nicht fanatisch, aber mit Selbstverständlichkeit, und erst von diesem Ausgangsturm aus sich entscheidet, ob er lieber nach Osten oder nach Westen sieht; sicher aber hat er nicht den Wunsch, in die Gefilde seiner Wahl hinabzusteigen. Seine Parteinahme für Mittel- oder Peripheriemächte ist, wenn man einigermaßen allgemein sprechen will, dem politischen Grundempfinden des Holländers ziemlich sekundär.

Genug von „Stimmung". Der Gedanke ist in der holländischen großen Politik außerordentlich viel wichtiger als Gemütsbewegungen und das Bedürfnis, Eindrücke in Launen umzusetzen. Wenn man sich an diese Tatsache hält, läßt sich am meisten für die Stimmung in Holland tun.

Bei Kriegsanfang handelte es sich für die holländische Regierung um einen rechtzeitigen strategischen Rückzug — in der Politik. Er mußte auf wirtschaftlichem Gebiete zur Sicherung der politischen Würde und wirtschaftlichen Sicherheit des Landes vorgenommen werden. Er fand nach der Maßgabe statt, daß je mehr die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes Einschränkungen und dem Zufall unterworfen war, und da Zugeständnisse unvermeidlich waren, um so unbezweifelbarer seine politische Souveränität gesichert und aufrechterhalten werden mußte.

Im politischen Verhalten Hollands gegenüber dem Ausland gab es also notgedrungen und natürlich ein Gebiet weitgehender Opportunität, das war das wirtschaftliche, und davon mit bewußter Schroffheit abgesetzt, ein durchgehend von grundsätzlichen Bewegungen beherrschtes Gebiet, — das der staatlichen Sicherheit und Unverletzlichkeit.

Von diesem letzteren spricht man am besten zuerst. Es betrifft vor allen Dingen alle Fragen der Gebietshoheit sowohl zu Wasser wie zu Lande, und die Entschiedenheit des holländischen Standpunktes in diesen Dingen prägt sich darin aus, daß die nicht ausreichend normierten Angelegenheiten des Seerechtes von Holland strenger geregelt wurden, als von irgendeinem anderen neutralen Land.

Daraus hat sich dann zum Beispiel der „Melita"-Fall ergeben. Daß bei seiner Durchführung ein kleiner Schönheitsfehler unterlief, war doch nicht Grund genug, daß in Deutschland die prinzipielle Bedeutung des Verhaltens der holländischen Regierung in der Oeffentlichkeit kaum gewürdigt wurde. Die holländische Regierung hat bei der Verteidigung ihrer Haltung in der „Melita"-Sache gegenüber den englischen und französischen Vorstellungen darauf hingewiesen, daß keinerlei vom Augenblick geschaffene Rücksichten sie bestimmen konnten, in einer prinzipiellen Frage des holländischen Staatsrechtes Durchlöcherungen zugegeben. Die Souveränität Hollands zu Lande wird ebenso entschieden gehandhabt. Alle hier in Betracht kommenden Zwischenfälle könnten die sofortige völlige Vernichtung der holländischen Hoheit mit sich bringen. Gegen solche Verletzungen sind daher in der feierlichsten Form, vor allen Dingen in der Thronrede der Königin, absolute Schranken errichtet worden. Es gibt hier keine „praktischen Erwägungen", sondern nur höchste völkerrechtliche Genauigkeit, und die Folgen einer Verletzung dieses Rechtsstandpunktes sind jedermann durch die neuerdings noch ausgedehnte, sehr kostspielige Mobilmachung vor Augen geführt. Das Mögliche unmöglich zu machen, kann auch seine Größe haben und ebenso gut einen wenn auch diskreteren Ruhm in der Geschichte verdienen, der übrigens dem holländischen Geschmack